

Ingo Schmidt

Von rot-grünen Träumen zu schwarz-gelber Tristesse

Der rot-grüne Wahlsieg 1998 war von Aufbruchstimmung begleitet. Der schwarz-gelbe Sieg 2009 verstärkte bei einer Bevölkerungsmehrheit bestehende Hoffnungslosigkeit und Zukunftsängste. Nur eine, zahlenmäßig durchaus erkleckliche Minderheit sah ihre Stunde gekommen: Nach milliardenschweren Rettungsprogrammen für Banken und die Konjunktur wollen sie persönlich vor dem Finanzamt gerettet werden. In einer Zeit von Wirtschaftskrise und Rekordverschuldung wurden Steuersenkungen zum bestimmenden Wahlkampfthema – bei jenen, die ohnehin über überdurchschnittliche Einkommen verfügen. Die „Unterdurchschnittliche“ wissen schon ganz gut, dass sie höhere Steuern zu erwarten haben, wenn die oberen Zehn- oder Hunderttausend von Steuersenkung reden. Daher rühren, unter anderem, die Hoffnungslosigkeit der Vielen ebenso wie das steuersparende Frohlocken der Wenigen. Anders als 1998 besteht heute eine ziemlich eindeutige Beziehung zwischen Zukunftsaussichten und Einkommenshöhe. Damals ging es aufwärts mit der Konjunktur, so dass selbst am unteren Ende der sozialen Hierarchie Hoffnung auf Jobs und vielleicht sogar steigende Einkommen bestand. Heute ist offensichtlich, was bis vor kurzem für marxistische Miesmacherei gehalten wurde: In der Krise gewinnen die Reichen und die Anderen zahlen die Zeche. In der Mitte hoffen sie noch, nach erfolgter Steuerentlastung zu den Reichen zu zählen und nicht das Leben der Anderen fristen zu müssen.

Rot-Grün: Träume...

Wieso war der rot-grüne Traum vom Wohlstand für alle so kurz? Muss sich eine Bevölkerungsmehrheit mit Angst um Arbeit und Einkommen abfinden, während eine Minderheit von Krisengewinnlern staatlich subventionierte Gewinne einfährt? Erinnern wir uns der Aufbruchstimmung, die in den 1990ern um die Welt ging und Gerhard Schröder 1998 ins Kanzleramt führte. Der kommunistische Gegner im Osten, dessen Eindämmung in den Jahrzehnten zuvor soviel wirtschaftliche und politische Energie gekostet hatte, ist 1991 sang- und klanglos zusammengebrochen. Der im gleichen Jahr vom konservativen US-Präsidenten George Bush senior losgetretene Krieg für eine neue

Weltordnung, selbst noch ganz der Logik des Kalten Krieges folgend, war gewonnen. Mit der Wahl seines demokratischen Nachfolgers Clinton brach dann endlich eine neue Zeit an. Großmachtkonkurrenz, die mit diplomatischem Händel und Stellvertreterkriegen jeden Winkel der Welt durchdrungen hatte, wurde durch – so die damaligen Schlagworte – Globalisierung und Neue Ökonomie ersetzt. Computergestützte Informationsnetzwerke, so hieß es, durchdringen nicht nur Berliner und Chinesische Mauer, sondern machen selbst vor Fabrikmauern nicht halt. Industriearbeiter waren an ihre Maschinen gekettet und damit der Herrschaft der Maschinenbesitzer unterworfen. Die in den 1990er Jahren auftauchenden Wissensarbeiter waren eigentlich gar keine Arbeiter mehr. Im Besitz ihrer eigenen Computer, mitunter liebevoll-nostalgisch „Maschine“ genannt, sind sie pausenlos mit dem Austausch von Ideen und Informationen beschäftigt. Soziale Grenzen, die abhängig Beschäftigte und Vorgesetzte sowie Arbeits- und Privatsphäre zuvor getrennt hatten, werden in der globalen Gemeinde der Computerkommunikanten aufgelöst. Die dabei freigesetzte Kreativität treibt ein wirtschaftliches Wachstum an, das mit den industriellen Revolutionen der Vergangenheit nicht zu erzielen war. Und das Beste: Energiefressende und die Umwelt verpestende Technologien von Dampfmaschine bis Verbrennungsmotor konnten durch die saubere Schwachstromtechnik der PCs und Laptops ersetzt werden.

In diese Traumwelt passte die SPD-Wahlkampftriade „Arbeit – Soziale Gerechtigkeit – Ökologie“ samt dem Appell an die Neue Mitte ebenso wie das angestrebte Regierungsbündnis mit den Grünen. Anhänger der Neuen Ökonomie repräsentierten im rot-grünen Zukunftsprojekt die Mitte bzw. Neue Mitte. An deren Rändern bediente Oskar Lafontaine die Skeptiker, die den Sprung von Sozialstaat und Industriegesellschaft in die globalisierte Computerwelt noch nicht geschafft hatten, während Jürgen Trittin alten Ökopaxen den Umzug ins globale Dorf der Computernetzwerker schmackhaft machen sollte. Die Wahlkampfstrategie ging auf. Nach 16 Jahren schwarz-gelber Koalition konnte Rot-Grün im September 1998 einen klaren Wahlsieg erringen. Viel weiter reichte es allerdings nicht. Als „Genosse der Bosse“ ließ Schröder nicht nur die Neue Mitte schnell hinter sich, sondern verprellte auch seine Flügelspieler Lafontaine und Trittin. Ersterem wurde beschieden, dass Steuerpolitik Unternehmen und Investitionsneigung zu fördern, nicht aber die Sozialprogramme der gesellschaftlichen Lazarusschicht zu finanzieren habe. Letzterem wurde mitgeteilt, dass Abgasverordnungen der EU sich stets am jeweiligen Ausstoß von VW-Abgasen zu orientieren haben. Noch gründlicher räumte allerdings Vizekanzler Fischer mit rot-grünen Träumen auf: Nach einer Umarmung von

US-Außenministerin Madeleine Albright war er überzeugt, dass die Globalisierung der neuen Ökonomie einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien erfordere.

Trotzdem erwachten im Frühjahr 1999, als Oskar Lafontaines Rücktritt dem Bruch zwischen Gewerkschaften und SPD den Weg bereitete und die deutsche Luftwaffe Jugoslawien bombardierte, nur wenige aus ihren Prosperitätsträumen. In Zeiten der Globalisierung erschien der Balkan weiter entfernt als zu Zeiten früherer, im blockfreien Jugoslawien verbrachter Strandurlaube. Manchem Gewerkschafter erschien Schröders Pakt mit dem Großkapital eine verlässlichere Grundlage für Tarifverhandlungen und Betriebsvereinbarungen als das Bündnis mit neuer Mitte und dem Luftikus Lafontaine. Viele SPD-Wähler, mehr an Aufschwung als an Computern interessiert, hofften weiterhin, der Boom der 1990er würde die Rückkehr zu guten alten Zeit einleiten; als einen nach Rückkehr aus dem Jugoslawienurlaub der nicht gerade geliebte aber wenigstens sichere Arbeitsplatz erwartete. So schleppte sich die rot-grüne Koalition bis zur Wirtschaftskrise 2001 durch.

...und Enttäuschungen

Als die Börsenkurse, Umsätze und Produktionsziffern einbrachen und die Arbeitslosigkeit anstieg war klar, dass aus der erträumten Prosperität nichts würde. Die einsetzende Enttäuschung musste insbesondere die SPD ausbaden, deren Ergebnisse in Wählerumfragen dem Preisverfall am Aktienmarkt folgten. Die Wiederwahl im September 2002 konnte Schröder nur durch gelungene Gummistiefel-Auftritte beim Oderhochwasser und die Absage an deutsche Soldatenstiefel im Irak retten. Kurzatmigkeit und Vergesslichkeit der Mediengesellschaft erwiesen sich dabei als willkommene Wahlhelfer. Kaum jemand führte die Gefahr brechender Oderdämme auf unzureichende Investitionen in den Hochwasserschutz oder gar das Ausbleiben einer durchgreifenden Klimaschutzpolitik zurück. Ebenso wenig war von der logistischen Hilfe für den Irak-Krieg zu hören oder von deutschen Besatzungstruppen in Jugoslawien und Afghanistan.

Ein halbes Jahr dauerte die Atempause, die Schröders Wahlkampf der SPD verschafft hatte. Als im März 2003 die Agenda 2010 verkündet wurde, setzte die nächste Etappe im Niedergang der SPD ein. Die Bosse bedankten sich bei Schröder für seine Beihilfe an der Zerstörung von Sozialdemokratie und Sozialstaat auf ihre Weise. Um abhängig Beschäftigte mittels hoher Arbeitslosigkeit sowie Finanzminister und

Sozialversicherungen durch Einnahmемangel unter Druck zu halten, hatten sie sich mit Investitionen auch noch zurückgehalten, als in anderen Ländern die Konjunkturkrise des Jahres 2001 längst vorüber war. Nach zwei Jahren hatte ihr Investitionsstreik Erfolg: Schröder setzte jenen rabiaten Sozialabbau durch, den Norbert Blüm in 16 schwarz-gelben Regierungsjahren zum Leidwesen der FDP verhindert hatte.

Den politischen Preis für das Nachgeben gegenüber den Sozialabbauwünschen des Kapitals hat allein die SPD gezahlt. Die Spinner, die den Quatsch von der Neuen Ökonomie geglaubt hatten, waren ihr schon nach dem Ende des Spekulationsbooms im Informationssektor abhanden gekommen. Danach hatte sie sich auf ihre bewährten Arbeiter- und Angestelltentruppen verlassen müssen. Diese Bataillone konnten mit der Neuen Ökonomie von Anfang an nicht viel anfangen und hätten am liebsten Schröders guten Draht zu den Bossen und Lafontaines Verbindungen zu den Gewerkschaften genutzt, um eine ordentliche Sozialpartnerschaft einzugehen. Kein Verteilungskampf wie ihn Neoliberale für das Kapital und Sozialisten für eine imaginierte Arbeiterklasse herbeireden wollen, sondern ein Produktivitätspakt zwischen innovativem Unternehmertum und leistungswilligen Werkträgern. Sie haben den Kopf geschüttelt, als Lafontaine im März 1999, gerade noch rechtzeitig vor Beginn des Angriffs auf Jugoslawien, sein Ministeramt hingeschmissen hat. Sie haben geglaubt, die deutsche Wirtschaft leide unter dem Druck internationaler Finanzspekulation, werde am Ende aber doch ihre überlegene Produktivität ausspielen. Allen Zweifeln und Unbehagen zum Trotz hielten sie weiter zur SPD.

Erst als deren Obergenosse mit seinem VW-Kumpel Hartz und zur Freude aller Bosse die Agenda 2010 zu Lasten ihrer Sozialversicherungskassen durchsetzte, begingen sie Fahnenflucht. Die meisten verabschiedeten sich ganz von der Politik, die Unbeirrbareren sammelten sich um die Wahlalternative und stießen schließlich zu Lafontaines und Gysis Linker. Aus den Resttruppen des westdeutschen Sozialstaates und des ostdeutschen Staatssozialismus rekrutierte sich eine neue Partei, deren Programm und Strategie noch unklar ist und die, gemessen an der vormaligen Rolle von SPD West und SED Ost eher einen Merkposten denn eine Zukunftsmacht darstellt. Und wieder erwies sich Schröder als gewiefter Stratege des von ihm selbst vorangetriebenen Niedergangs. Durch vorgezogene Neuwahlen im September 2005 konnte eine totale Niederlage verhindert werden, die angesichts eines stabilen Abwärtstrends zum regulären Wahltermin absehbar war. Schwer angeschlagen flüchtete sich die SPD in eine Große Koalition und überließ der CDU die Verwaltung der Agenda-Politik. Kraft konnten die Sozialdemokraten daraus nicht schöpfen. Auch nach dem Abgang Schröders darauf beharrend, alles richtig

gemacht zu haben aber vom dummen Wähler nicht verstanden worden zu sein, handelten sich die Sozialdemokraten 2009 jene Niederlage ein, die sie vier Jahre zuvor gerade noch hatten verhindern können.

Schwarz-Gelb: Letzte Hoffnung Steuersenkung

Die Demobilisierung eines großen Teils der früheren SPD-Anhängerschaft war entscheidend für den Wahlerfolg der CDU. Als Volkspartei ebenso wie die SPD – früher, sollte man hinzufügen – darauf angewiesen, unterschiedliche Interessen unter einen Parteihut zu bringen, hatte sich die CDU in der Vergangenheit vor einem drastischen Um- und Abbau des Sozialstaates gescheut. Ihre Hinhalte- und Trippelschritttaktik unter Kohl und Blüm hatte ihr zwar oftmals Kritik vom traditionellen Koalitionspartner FDP und aus Unternehmerkreisen eingetragen aber maßgeblich zum Erhalt eines neoliberal-konservativen Konsens beigetragen; auch in jenen Kreisen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Bei der Wahl im vergangenen September hatte die CDU den Vorteil, dass die SPD ihre Sozialstaats-Klientel verprellt hat, so dass sich auch mit Stimmenverlusten gegenüber der Bundestagswahl 2005 stärkste Partei werden ließ. Zündende Ideen haben der CDU jedenfalls keine Stimmen verschafft. Das von Merkel im Wahlkampf halbherzig vorgetragene Bekenntnis zu Steuersenkungen wirkte wie ein gedämpftes Westerwelle-Echo. Bemerkenswert am schwarz-gelben Wahlerfolg ist denn auch weniger das Abschneiden der CDU als das Rekordergebnis für die FDP, die sich als politischer Krisengewinner erwies.

Hinter diesem Erfolg verbirgt sich allerdings auch bei der FDP kein neues politisches Projekt, sondern die Angst der Mittelklasse vor dem sozialen Absturz. Vor gut einem Jahrzehnt von den Sozialdemokraten als Vorhut einer Neuen Ökonomie umworben, wird die FDP nun zur letzten Zuflucht, um durch Steuererleichterungen und politisch garantierte Marktzutrittsbarrieren bei den fälschlich so genannten „freien Berufen“ den Klassenerhalt zu sichern. Der im gehobenen Staatsdienst untergebrachte Teil der Mittelklasse sieht sich weniger in seiner Existenz bedroht und kann sich den Luxus leisten, die weniger ökonomistisch-engstirnig auftretenden Grünen zu wählen. Nach den mit viel Radau inszenierten Parteitagungen ihrer öko-libertären Jugend haben sich die Grünen still, leise und zeitgleich mit dem Niedergang der SPD zur Partei des neudeutschen Bildungsbürgertums gemausert. Der Öffentlichkeit wurde dieser Transformationsprozess erst bewusst, nachdem die Grünen als Koalitionspartner der

CDU auftauchten. Erst in Hamburg, nun im Saarland, in Zukunft vielleicht auch im Bund.

Mit Schwarz-Grün, oder vielleicht auch Schwarz-Gelb-Grün kommen die Farbspiel jener SPD und Linke-Strategen durcheinander, die sich die Welt in politische Blöcke oder Lager geteilt vorstellen. Aus dieser Perspektive sollen sich SPD und Linke in Zukunft ebenso aneinander gewöhnen wie SPD und Grüne in der Vergangenheit. Danach, so die Überlegung, würde ein Rot-Rot-Grüner Mehrheitsblock gegen einen konservativ-liberalen Minderheitsblock Wahlen gewinnen und einen gesellschaftlichen Reformprozess einleiten. So ähnlich hatten sich die Sozialdemokraten als es noch keine Konkurrenz von Grünen oder Linken gab, den Marsch in den Sozialismus vorgestellt. Ihrer Märkten und Monopolkapitalisten untergeordneten Stellung bewusst werdend, würden immer größere Zahlen von Arbeitern SPD wählen und das Parlament zum Motor sozialistischer Umgestaltung oder wenigstens zur politischen Gegenmacht andernfalls ungebremster Herrschaft der Märkte machen. Dazu ist es bekanntlich nicht gekommen. Ohne entsprechenden Druck von unten ist es den Herren der Märkte noch stets gelungen, den parlamentarischen Reformismus zu bremsen, bevor er profitgefährdende Ausmaße annehmen konnte. Wer sich damit einhergehende Enttäuschungen ersparen will, muss an der Organisation dieses Drucks mitwirken. Wer in dieser Gesellschaft etwas hat – und daher auch zu sagen hat – und wer nicht, ist in der gegenwärtigen Krise hinreichend deutlich geworden. Jetzt kommt es auf die Organisation der Krisenverlierer an. Auf das sie in Verfolgung ihrer Interessen Parlamente und Regierungen jeglicher Farbenzusammensetzung unter Druck setzen.

(Zuerst erschienen in: Göttinger Betriebsexpress, Nr. 187, 2. Dezember 2009)